

Druckbedingungen und Einzelpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Mormörs
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftstagszeit 9-5 Uhr
Verleger: Docuclito-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Rückkehr zum Hochschutzzoll.

Der Anschlag des Rechtsblocks auf die Konsumenten.

Die sogenannte kleine Zollvorlage wird zu Beginn der nächsten Woche dem Reichstag vorgelegt werden. Sie enthält die Agrarzölle, die allen Zölle von 5 M. für Roggen und 5,50 M. für Weizen und soll am 1. August 1925 in Kraft treten. Am 1. August 1925 aber sollen bereits die Getreidezölle wieder eingeführt werden, und zwar ungefähr in Höhe der Hälfte der genannten Zollsätze.

Besonders schwerwiegend ist die Bestimmung, daß die Getreidezölle als Mindestzölle gelten sollen, so daß sie auch in künftigen Handelsvertragsverhandlungen nicht ermäßigt werden könnten. Bemerkenswert ist, daß in der Vorlage der Regierung der Eisenzoll in alter Höhe aufrechterhalten werden soll.

Das Ganze stellt sich dar als die Rückkehr zum Schutzollsystem zugunsten der Großagrarier und der Schwerindustrie, als Keubzug gegen die gesamte arbeitende und konsumierende Bevölkerung, als eine Verschärfung der Handelsvertragspolitik, als verhängnisvolle Wirkung der Rechtsregierung und der Wahl Hindenburgs.

Der Rechtsblock zeigt sein wahres Gesicht. Bisher hat die Regierung an der Behauptung festgehalten, daß sie die kleine Zollvorlage braucht, um für die Handelsvertragsverhandlungen Kompensationen in die Hand zu haben. Die Verabschiedung der kleinen Zollvorlage wurde jedoch verzögert. Die Handelsvertragsverhandlungen geraten ins Stocken.

Die Schuld an dieser Verzögerung tragen die agrarischen Interessenten. Sie wollten ihre Zustimmung zu der kleinen Zollvorlage nur geben, wenn die Agrarzölle hineingearbeitet würden. In den Kreisen der Industrie wie des Großhandels stieß dies Verlangen auf Widerstand. Man sah nicht nur voraus, daß der Interessenausgleich zwischen Agrariern und Industriellen schwierig sein würde und Zeit erfordern würde, man fürchtete vor allem die Gefährdung der Handelsvertragsverhandlungen. Die streitenden Interessenten stießen in der Frage des deutsch-spanischen Handelsvertrages am härtesten aufeinander. Die Deutschnationalen, in denen bisher die agrarischen Interessen das Übergewicht haben, lehnten im Ausschuss den deutsch-spanischen Handelsvertrag ab. Er harzt immer noch seiner Erledigung durch das Plenum des Reichstags, und sein Schicksal ist noch ungewiß.

Die schutzöllnerische Richtung in der Reichsregierung hat die Geschäfte der agrarischen Interessenten besorgt. Die Herren Ranig und Neuhaus haben während der Präsidentschaftswahl den Versuch unternommen, mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes die Verkoppelung der kleinen Zollvorlage mit den Agrarzöllen unter Dach und Fach zu bringen. Dieser Versuch scheiterte.

In der Regierung des Rechtsblocks selbst stieß die Verkoppelungsabsicht auf Widerstände. Noch am 16. April führte Stresemann in einer Rede in Hamburg aus, daß für Deutschland die Rückkehr zu einem Hochschutzzollsystem unmöglich sei.

Die agrarischen Interessen haben jedoch den Sieg davongetragen. Die kleine Zollvorlage ist mit den Agrarzöllen verkoppelt worden. Die Schwerindustrie erhielt als Kompensation die Eisenzölle in der alten Höhe. Damit erhält die kleine Zollvorlage ein völlig verändertes Gesicht. Sie ist nicht mehr ein Instrument der Handelsvertragspolitik, die auf ein System der Weisbegünstigung und der Eingliederung Deutschlands in den Weltmarkt abzielt, sondern in erster Linie ein Instrument jener Rechtsblockpolitik, die auf eine Abwälzung der Lasten auf die Masse der arbeitenden Bevölkerung abzielt. Nicht die Handelspolitik und ihre Problematik bestimmt das Gesicht dieser Vorlage, sondern der innere Kampf

der Bevölkerungsklassen um den Lebensraum. Diese Vorlage will künstlich eine Einkommensverschiebung zugunsten der Agrarier herbeiführen. Die große Industrie wird sich durch die Kompensationen, die ihr geboten werden, schadlos halten. Die Leidtragenden werden die Arbeiter, die Angestellten, die kleinen Leute, die Massen der Konsumenten sein, auf denen ohnehin schon der Löwenanteil der Staatslasten ruht, und die obendrein durch die Steuerpläne des Rechtsblocks noch bedroht und bedrückt werden. Diese Zollvorlage wird nicht nur zu heftigen parlamentarischen Auseinandersetzungen führen, sie wird mit Notwendigkeit heftige soziale Auseinandersetzungen nach sich ziehen.

Die Regierung des Rechtsblocks hat diese Vorlage fertiggestellt, trotzdem selbst in den Kreisen der Schwerindustrie die Meinungen geteilt sind, ob ein Schutzollsystem, so wie es die Regierung beabsichtigt, den Interessen der deutschen Volkswirtschaft dienlich wäre. Im Zusammenhang mit dem deutsch-spanischen Handelsvertrag haben die Vertreter der Fertigungs- und Exportindustrie, auf die die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten Deutschlands in erster Linie beruhen, heftigen Einspruch erhoben gegen die schutzöllnerischen Pläne, die im Schoße der Reichsregierung vertreten werden. Die Schutzollpolitik, wie sie von der Regierung des Rechtsblocks geplant ist, begünstigt neben den Agrariern die Kartelle und Monopole. Sie führt zu einer neuen Preisdiktatur mit allen verhängnisvollen Folgen für die deutsche Volkswirtschaft und für die künftige deutsche Entwicklung.

Diese Vorlage der Reichsregierung ist ein unerantwortlicher Anschlag gegen die deutschen volkswirtschaftlichen Interessen. Deutschland ist handelspolitisch frei. Es ist nicht gebunden durch bestehende Agrarzölle. In freier Ueberlegung, unter Abwägung alles Für und Wider kann die Entscheidung über die Tendenz der künftigen deutschen Handelspolitik getroffen werden. Nicht nur in den Kreisen der Interessenten sind die Meinungen über den Wert eines neuen geschlossenen Schutzollsystems geteilt. Die Wissenschaft hat sich fast reiflos von den Gedankenengängen der Schutzöllner abgewandt. Führende Agrarwissenschaftler, wie Schring und Kereboe, haben eindringlich vor der Wiedereinführung von Agrarzöllen gewarnt. Trotzdem haben die Vertreter der schutzöllnerischen Richtung in der Reichsregierung diese Vorlage durchgeschleppt!

Der Reichswirtschaftsrat und der Deutsche Industrie- und Handelstag haben sich mit den Zollproblemen beschäftigt. Das Reichsernährungsministerium hat alles darangesetzt, um ein Urteil des Reichswirtschaftsrats über seine Zollpläne zu verhindern. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat die Einsetzung einer wissenschaftlichen Kommission gefordert, die die Probleme der deutschen Handelspolitik erörtern soll. Das Reichsernährungsministerium aber hatte es eilig, im Interesse der Agrarier seine Schutzollpläne unter Dach und Fach zu bringen. Es setzt sich hinweg über das Urteil der Wissenschaft wie über die Bedenken, die selbst aus Interessententreisen geäußert werden. Es setzt sich hinweg über den Protest der arbeitenden Bevölkerung. Nicht das Allgemeinwohl, nicht die Interessen der deutschen Volkswirtschaft und die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sind Zielpunkte der Politik des Reichsernährungsministeriums, sondern lediglich die Förderung der materiellen Interessen einer Bevölkerungsklasse auf Kosten der Allgemeinheit und der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten Deutschlands.

Diese von einem engstirnigen Interessenstandpunkt diktierte Vorlage wird zu heftigen Auseinandersetzungen führen. Die Regierung irrt, wenn sie meint, im Eilzugtempo ein neues hochschutzöllnerisches Solidaritätssystem dem deutschen Volke aufzutrotzen zu können!

nach dem französischen Entwurf nicht der Fall sei, so daß im Augenblick der Feststellung, ob Deutschland die ihm gemachten Auflagen erfüllt habe, die Gefahr einer neuen Kontroverse entstehen müßte.

Grundsätzliches Einverständnis vorhanden.

Paris, 15. Mai. (ETA.) Nach der Morgenpresse wird die Botschafterkonferenz wahrscheinlich am kommenden Mittwoch tagen. Ohne Zweifel ist, so schreibt 'Petit Parisien', die Verzögerung in der Prüfung der Entwaffnungs- und Räumungsfrage auf die Tatsache zurückzuführen, daß das Foreign Office und das britische Kriegsministerium die Prüfung der letzten französischen Vorschläge, die nach dem Ministerrat von Dienstag mitgeteilt wurden, noch nicht vollendet habe. 'Matin' dagegen behauptet, daß die Verzögerung nicht auf Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Großbritannien zurückzuführen sei. Es erscheine vielmehr sicher, daß Downing Street eine Verschiebung gefordert habe, um ihre Antwort den französischen Vorschlägen, die sie vor drei Tagen erhalten hat, besser anpassen zu können.

'Deuxième' schreibt, London habe noch nicht Zeit gefunden, seinem Pariser Botschafter die Antwort mitzuteilen, die ihm der Rotentwurf des Quai d'Orsay abgerungen habe. Aber es sei stupide, wie es die Neuter-Agentur tue, zu erklären, es sei notwendig, eine Konferenz abzuhalten, an der die Deutschen teilnehmen sollten. Anlässlich habe England diesen Gedanken gehabt, aber es habe auf französischen Drängen darauf verzichtet. Jetzt sei ein grundsätzliches Einverständnis vorhanden. Es blieben also nur noch einige Einzelfragen zu regeln.

Das Recht auf Entschädigung.

Zum Kapitel der Ruhrmillionen.

Von Dr. Carl Herz-Spandan.

Die Untersuchung der Ruhrsicherungsmaßnahmen durch den damit beauftragten Reichstagsausschuss hat einen Gang genommen, der in der Öffentlichkeit Befremden erregt. In einer Reihe von Sitzungen hat sich der Ausschuss damit befaßt, ob in den Erklärungen der Reichsregierung eine privatrechtliche Bindung gegenüber den Ruhrindustriellen liegt oder nicht. An die Stelle der Aufklärung von Tatsachen tritt eine juristische Dialektik, die die entscheidenden Zusammenhänge verwischt und die Unterfütterung durch die Micum-Verträge zu führen droht. Der Parliamentsausschuss soll aufklären, weshalb die Regierung unter Ausschaltung des zuständigen Reichstags vor allen Ruhrsicherungsmaßnahmen die Forderung der Industriellen ausgezahlt und dabei diese Auszahlung geheim, im beschleunigten Verfahren und ohne Bemessung nach gesetzlich festgestellten Verteilungsregeln vorgenommen hat. Die Schäden, die die Industriellen durch die Micum-Verträge erlitten, sind nur ein Auschnitt aus dem allgemeinen Kriegsschaden, der als Folgewirkung der Ruhrbesetzung das gesamte Gebiet von Rhein und Ruhr erfaßt und als Ausfluß eines kriegerischen oder jedenfalls kriegsähnlichen Konfliktes eine allgemeine, alle Schadenwirkungen umfassende Regelung erfordert. Es wurde nach Beendigung jedes Krieges oder kriegsähnlichen Konfliktes als eine verwaltungspolitische Selbstverständlichkeit empfunden, den gesamten Kriegsschaden nach vorher fest aufgestellten Grundfähen im Wege eines gesetzlich festgelegten Verfahrens zu regulieren. Denn ein Kriegsschaden hat mit seiner großen Größe und Bevölkerungsgruppen umfassenden Wirkung den Charakter einer sozialen Massenereignis, zieht die gesamte Staats- und Volkswirtschaft in Mitleidenschaft und liegt daher außerhalb des Rahmens privatrechtlicher Regelung. Die Notwendigkeit einer an feste und gleichmäßige Normen gebundenen Schadenausgleichung folgt nicht nur aus dem Wesen des Rechtsstaats und aus der verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, sondern ist auch vom deutschen Gesetzgeber, wie ich weiter unten darlegen werde, ausdrücklich vorgeschrieben.

Die gesetzliche Verpflichtung der Reichsregierung zur Schadensregelung und zur Bereitstellung der erforderlichen Mittel, die Ermächtigung des Reichstags einzuziehen, wird durch Ausstellung eines Schuldverprechens an die Industriellen nicht berührt. Wenn die Regierung Stresemann-Luther schon während der Ruhrbesetzung, also mitten im Kampfe, den Industriellen zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe im Interesse leichter Geldbeschaffung einen diskontfähigen Wechsel ausstellen zu müssen glaubte, so mochte man das als eine der Führung des Kampfes dienende Verwaltungsmassnahme auffassen, für deren sachliche Berechtigung die Exekutive dem Parlamente Rede und Antwort zu stehen hatte. Die verfassungsrechtliche Verpflichtung der Regierung, die gesamte Schadenregulierung dem Parlament zur gesetzgeberischen Beschlussfassung zu unterbreiten, wurde dadurch keinesfalls berührt. Die von der Regierung einem Teil der Beschädigten gegenüber eingegangene privatrechtliche Bindung verstärkte vielmehr nur die Verpflichtung der Regierung, auch diesen Vorgang unter Darlegung der sich daraus ergebenden Auswirkungen dem Parlamente zur zuständigen Regelung zu übermitteln.

Für das vom Standpunkt des Untersuchungszweckes maßgebende Verhältnis zwischen Reichstag und Reichsregierung kommt es also nicht darauf an, ob die Regierung eine privatrechtliche Bindung eingehen wollte und konnte, sondern ob sie eine solche Bindung eingehen durfte und ob sie berechtigt war, die zur Realisierung dieser Verpflichtung erforderlichen Mittel, für die ein Etatposten nicht vorhanden war, ohne Genehmigung des Reichstags dem Reichsvormögen zu entnehmen.

Die Rechtsvertreter der Industriellen haben denn auch offenbar in ihrem Gutachten privatrechtliche Gesichtspunkte nicht in den Vordergrund gestellt. Sie berufen sich in erster Linie auf § 75 der Einleitung zum allgemeinen Landrecht, wollen also damit behaupten, daß die Regierung schon kraft bestehender Rechts zur Entschädigung verpflichtet und ein besonderer Gesetzesbeschluss nicht erforderlich gewesen sei. Wäre diese Auffassung richtig, so könnte damit die Regierung immerhin ihre Position verbessern. Sie könnte sich wenigstens darauf berufen, daß sie lediglich in Anwendung bereits bestehender Gesetze gehandelt habe.

In Wirklichkeit kommt nun aber § 75 gar nicht in Betracht. Er ist freilich noch geltendes Recht, hat sogar eine umfassende Rechtsprechung gezeitigt, trifft aber einen ganz anderen Tatbestand. Entschädigungsanspruch gegen den Staat ist danach derjenige, welcher seine besonderen Rechte und Vorteile dem Wohl des gemeinen Wesens aufzuopfern genötigt wird. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts hat daraus den allgemeinen Grundsatz hergeleitet, daß Staat oder Gemeinde Schadenersatz auch dann zu leisten haben, wenn sie in Ausführung geordneter Verwaltungstätigkeit private Rechte verletzen. Ein praktisch häufiger Fall dieser Art ist zum Beispiel die Schädigung der Straßenanlieger bei Höherlegung des Straßendammes. Voraussetzung ist also immer eine im Rahmen regulärer Verwaltungstätigkeit liegende Handlung der öffentlichen Gewalt. Der Staat haftet nur für die Folgen seines eigenen Handelns, nicht aber für den Schaden, den ein von außen eindringender Feind verursacht. Feindliche Handlungen im eigenen Staatsgebiete sind vom

Sitzung des Parteiausschusses.

Der Sozialdemokratische Parteiausschuss tritt am Mittwoch, den 20. Mai, vormittags 10 Uhr, in den Räumen des Parteivorstandes zusammen. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Stellungnahme zum Parteitag, 2. Bericht von der Internationalen Konferenz, 3. Organisationsfragen.

Die Vertagung der Botschafterkonferenz.

Englisch-französische Besprechungen.

Paris, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Blätter teilen heute zwar die gestern abend erfolgte neue Vertagung der Entscheidung der Botschafterkonferenz mit, für die sie die Verantwortung der englischen Regierung zuschieben, dagegen wird das gestern abend ausgegebene offizielle Communiqué der Neuter-Agentur, das die Frage der Räumung von Köln sehr stark unterstreicht, von der Morgenpresse totgeschwiegen. Der französische Botschafter in London hat gestern abend noch eine längere Unterredung mit Chamberlain gehabt. Havas behauptet, daß sie ausschließlich die Frage des Sicherheitspaktes behandelt habe, dagegen gibt 'Petit Parisien' zu, daß sich in ihrem Verlauf Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Räumung von Köln ergeben hätten, die sich insbesondere auch auf die Bedingungen bezögen, die Deutschland auferlegt werden sollen. England verlange, daß diese präzise und unzweideutig formuliert würden. Die englischen Sachverständigen hätten festgestellt, daß das in der an Deutschland zu richtenden Note

Standpunkt des inländischen Verwaltungsrechts aus stets rechtswidrige Eingriffe in die Hoheitsgewalt des Staates, sie dienen nicht dem „Wohl des gemeinen Wesens“, der Staat hat daher nicht dafür einzustehen. Diese Beschränkung des § 75 auf solche Verwaltungsakte der eigenen Staatsgewalt, die dem Zwecke der regulären Friedenswirtschaft dienen, ist niemals ernsthaft streitig gewesen und wird heute von den Schriftstellern des Verwaltungsrechts, wie Otto Mayer, Flörner, Haischel übereinstimmend bezeugt. Die schon im Ausschuss vom Genossen Landsberg mit Recht herangezogene Kabinettsorder vom 4. Dezember 1881, die durch Aufnahme in die Gesetzesammlung Gesetzeskraft gefunden hat, tritt der missbräuchlichen Anwendung der Bestimmung auf Kriegsschäden ausdrücklich entgegen und betont gerade, daß die Ausgleichung solcher Kriegsschäden eine jenseits der Grenze privatrechtlicher Verhältnisse liegende, dem Gesetzgeber vorbehaltene Aufgabe sei.

Nun kann man aber die altpreussische Gesetzgebung hier ganz außer Betracht lassen; denn es gibt ein Reichsgesetz, das ausdrücklich die Vergütung von Kriegsschäden der Gesetzgebung zur ausschließlichen Regelung überweist. § 35 des Kriegsverfallgesetzes vom 13. Juni 1873 schreibt nämlich ausdrücklich vor, daß „für Leistungen, durch welche einzelne Bezirke, Gemeinden oder Personen außergewöhnlich belastet werden, sowie für alle durch den Krieg verursachten Beschädigungen“ Umfang, Höhe und Ermittlung der Entschädigung „durch jedesmaliges Spezialgesetz des Reiches bestimmt“ wird. Dieses Gesetz trifft nun aber auf die Micum-Leistungen zu.

Ob man sie mit Strefemann als „vorgestreckte Reparationsleistungen“ auffaßt und sie danach zu den Kriegsschäden rechnet oder ob man sie als Kriegsschäden ansieht, die durch den Druck der feindlichen Besatzungsmacht den Industriellen aufgezungen wurden, ist gleichgültig, da das Gesetz beide Arten von Kriegsschäden in sich begreift. Diese Kriegsschäden werden in ihrem gesamten Umfange der zukünftigen gesetzgeberischen Regelung vorbehalten, ein Rechtsanspruch gegen den Staat wird damit ausdrücklich verneint. Der Gesetzgeber hat lediglich „Aussicht auf Gewährung im gegebenen Fall durch den selbstverständlich freibleibenden Gesetzgeber“ (so Otto Mayer im Handbuch des Verwaltungsrechts Band 2 Seite 321 der 3. Aufl. Anmerkung 20). Für die Regierung bedeutet aber diese Verweisung auf den künftigen Gesetzgeber der Ausschluß des Verwaltungsweges und die Verpflichtung, Schäden zu vergüten nur nach Maßgabe eines vom Reichstag zu erwerbenden Gesetzes. Die Exekutive ist hier nicht frei, sondern gebunden durch den sogenannten Vorbehalt des Gesetzes, daß sich dieses Gebiet zur ausschließlichen Regelung vorbehalten hat. „Privatrechtliche Bindungen“ können diesen vom Gesetz geschaffenen Rechtszustand nicht ändern. Ein Gesetz kann nur durch Gesetz aufgehoben werden, nicht durch einen Privatvertrag der Regierung. Vielmehr ist umgekehrt dieser Vertrag nichtig, weil der Regierung rechtliches Handeln auf diesem ihr verschlossenen und nur dem Gesetzgeber vorbehaltenen Gebiete verweigert ist. Daraus folgt aber, daß die siebenhundert Millionen ohne Rechtsgrund den Industriellen zugesprochen sind. Wenn die Rechtsvertreter der Industriellen vom Rhein Entschädigung wegen ungerechtfertigter Bereicherung verlangen, so kann vielmehr umgekehrt das Reich aus diesem Rechtsgrunde Rückzahlung des Betrages fordern. Der Versuch der Regierungsorgane, die wirtschaftlichen Folgewirkungen eines großen politischen Vorkommnisses in den engen Rahmen privatrechtlicher Begriffe zu spannen, schlägt letzten Endes gegen die Regierung und gegen die Regierungsorgane selbst aus.

## Schwarzrotgold und Kultusministerium.

Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung teilt uns mit, daß die Zeitschrift „Schwarzrotgold und Kultusministerium“ im „Vorwärts“ vom 14. Mai (Nr. 226) auf einem Irrtum beruht. Das preussische Kultusministerium hat zwei Hauptzweige, die eine an der Front nach den Hindernissen, die andere an der Front

## Der Möbelleutnant.

Von Ferdinand Künzelmann.

Dieser Tage hatte ich wegen eines Umzugs mit einem Speditoren zu sprechen. Am Telefon verständigten wir uns nicht ganz, und der hohe Chef des Hauses versprach mir, am andern Morgen zum Abschluß des Geschäfts einen jungen Mann zu schicken, mit dem ich in jeder Weise zufrieden sein würde.

Am andern Morgen zwischen zehn und elf Uhr kam mein gutes altes Hausgeistes und brachte mir mit einem Gesicht, das deutlich sein Mißfallen mit dem anzumeldenden Besuch ausdrückte, eine Visitenkarte großen Formats, auf der stand mit sehr stattlichen Lettern gedruckt zu lesen: Meyer, Leutnant der Reserve in dem und dem Regiment. Ich ließ hinausfragen, daß mir ein Leutnant dieses Namens nicht bekannt wäre, und daß ich freundlichst hätte, mir sagen zu lassen, in welcher Angelegenheit der Herr Leutnant der Reserve mich zu sprechen wünschte.

Das Hausgeistes kam nach einer Weile zurück und hatte zu berichten, der Herr hätte angegeben, daß er wegen der Möbel käme. Worauf ich hinausfragen ließ, ich begriffe nicht, was eine militärische Stelle, vertreten durch einen Offizier eines nicht mehr bestehenden Regiments, mit meinen Möbeln zu schaffen hätte, und ich wüßte daher ablehnen, ihn zu empfangen.

Darauf kam das Hausgeistes wieder und brachte eine neue Karte, auf der sich mein militärischer Besuch als der junge Mann entpuppte, den mir sein Chef am Tage vorher versprochen hatte.

Herr Meyer war ein junger, netter Mensch, der etwas verlegen ins Zimmer trat. Hinter dem ausgeweiteten Knopfloch seines linken Rockaufschlags verriet sich ein Ordensband, das sicher noch einen Augenblick vorher in Knopfloch geprangt hatte.

Ich entschuldigte mich, daß er so lange zu warten gehabt hätte, sagte aber sofort, daß daran nur seine irreführende Anmeldekarte schuld gewesen wäre.

Er verneigte sich ein wenig und sagte: „Ich dachte...“

Ich sagte: „Sie sollten aber denken, daß die Expedition ein durchaus anständiges und nützliches Geschäft ist, dessen Sie sich nicht zu schämen brauchen.“

„Ich schäme mich meiner Tätigkeit auch gar nicht,“ sagte er.

„Und warum dann diese militärische Karte?“

„Weil mich die besseren Herrschaften, mit denen ich doch meistens zu tun habe, nicht wie einen Schuhputzer behandeln, wenn sie wissen, daß ich Leutnant war...“

Ich belehrte ihn, daß ich zu meiner eigenen Freude keine bessere Herrschaft wäre, was mir ermöglichte, jeden Menschen, auch den Schuhputzer, so zu behandeln, wie ich selbst behandelt zu sein wünsche, nämlich höflich und sachlich. Er hörte zu und leuzte ein wenig und melierte, daß ich wohl wenig unter die Leute käme.

Dann gingen wir an unsere Geschäfte, die schnell zu beider-

nach der Wilhelmstraße. Auf der einen war die Reichsbahn und auf der anderen die preussische Landesbahn, also so, wie es angeordnet war. Der Gewährsmann schenkt Fahnen von Nachbarhäusern hinzugerechnet zu haben. Damit entfallen die aus der uns gemachten Mitteilung gezogenen Schlussfolgerungen, soweit sie sich auf das Kultusministerium beziehen.

## Aufwertungsdebatte im Ausschuss.

Dr. Best und Vorsitzender Dr. Steiniger ausgetreten.

Bei Beginn der heutigen Sitzung des Aufwertungsausschusses gab es einige Ueberredungen. Abg. Dr. Best, der aus der deutschnationalen Partei ausgeschieden ist, hat auch aus dem Ausschuss austreten müssen. Senfation rief aber die Erklärung heroor, mit der der deutschnationalen Vorsitzende Dr. Steiniger die Sitzung eröffnete. Unter Bezugnahme auf das Kompromiß, das die Deutschnationalen mit den übrigen Regierungsparteien abgeschlossen haben, erklärte Dr. Steiniger, daß er, um nicht in Konflikt mit seiner Fraktion zu kommen, den Vorstoß niederlege und aus dem Ausschuss ausscheide.

Mit den Worten „Guten Morgen, meine Herren“, verließ Dr. Steiniger den Sitzungssaal, ehe noch der stellvertretende Vorsitzende über den Schritt Dr. Steinigers Auskunft geben konnte. Nach den Dankworten, die Keil dem bisherigen Vorsitzenden für seine Tätigkeit widmete, wurde als neuer Vorsitzender der deutschnationalen Abg. Philipp gewählt.

Hierauf nahm Abg. Dr. Hergt (Dnat.) das Wort, um zu erklären, daß seine Fraktion nach Ueberwindung vieler Bedenken und schärferen Herzens auf den Boden des Kompromisses getreten sei. Sie sei entschlossen, nunmehr durchzuhalten und das Gesetz in kurzer Frist zu verabschieden. Aehnliche Erklärungen gaben die Vertreter der übrigen Regierungsparteien ab. Weiterer Bericht folgt in der Morgenausgabe.

## Er und die Seinen.

Hindenburg und die Trabanten.

I.

„Unbestritten ist sein Verdienst um Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Deutschland nach dem Zusammenbruch unseres Volkes. Das wird jederzeit dankbar im deutschen Volke auch von seinen politischen Gegnern anerkannt werden. Sein Streben war immer darauf gerichtet, dem deutschen Volke treu zu dienen.“ (Hindenburg über Ebert am 12. Mai 1925. — Antwortnote an Dr. Simon.)

II.

„Der zweite große Augenblick des Mannes von Lannenberg war der 9. November 1918, als ein landesväterlicher Reichsanwalt und erster Offizier des Reichsschiffes den Kapitän unbedenklich über Bord geworfen und das Steuer dem vordersten der Reuterer in die Hand gedrückt hatte.“ („Kreuzzeitung“ vom 15. Mai 1925.)

III.

„In dieser feierlich-ernsten Stunde rufe ich unser ganzes deutsches Volk zur Mitarbeit auf. Mein Amt und mein Streben gehören nicht einem einzelnen Stande, nicht einem Stamm oder einer Konfession, nicht einer Partei, sondern dem gesamten, durch hartes Schicksal verbundenen deutschen Volke in allen seinen Gliedern.“ (Hindenburgs „Wort an das deutsche Volk“, 12. Mai 1925.)

IV.

„Wir müssen darauf gefaßt sein, daß wir dem Rufe Hindenburgs zur Einigkeit und gemeinsamen Arbeit zwar viele brave deutsche Männer und Frauen folgen sehen... aber auch so manche Elemente, die nicht nur gewohnheitsmäßig und kalten Verstandes mit der politischen Konjunktur gehen, sondern im anscheinend bekehrten und begeisterten Herandrängen an die Rechtsrichtung ihr Schicksal an der Futurperiode selbsthalten oder wieder ins Trockene bringen oder aber auf Schleich- und Umwegen ihre undeutschen, unredlichen Ziele in die Reichspolitik einschmuggeln und durchsetzen wollen.“ („Kreuzzeitung“ vom 15. Mai.)

seitiger Zufriedenheit in Ordnung kamen. Herr Meyer hatte unstreitig beim Militär gelernt, sich kurz, knapp und klar auszudrücken.

Wir schieden geradezu wie gute Bekannte.

Hinterher freilich, als ich ihn vor meinem Hausgeistes lobte, bekam ich zu hören, daß er beim Gehen wie umgewandelt gewesen wäre: Beim Kommen hatte er den alten Mann wie einen Schuhputzer, beim Gehen wie einen Herrn behandelt. So daß ich hoffen kann, ihn wenigstens für diesen einen Morgen von seiner Leutnantlichkeit befreit zu haben.

Aber natürlich bin ich nach diesem kleinen Erlebnis mit dem Möbelleutnant — so hat ihn das Hausgeistes genannt, das manchmal sehr hochhaft sein kann — feier als je davon überzeugt, daß es nur Lüge und Verleumdung schlechter Menschen ist, wenn behauptet wird, es gäbe in Deutschland auch im bürgerlichen Leben heute noch eine Spur militaristischen Geistes.

Wie sollte das auch in einem Lande möglich sein, das den Reservelieutenant (auf dem Papier) längst abgeschafft hat?

## In der Redaktion eines Riesendampfers.

Die großen Passagierdampfer sind öfters schwimmende Städte genannt worden, weil sich in ihnen ein so mannigfaltiges und mannigfaltiges Leben vollzieht wie in einer Stadt. Ein solches Gemeinwesen kann natürlich nicht ohne Zeitung bleiben, und so werden denn auf vielen großen Dampfern täglich Zeitungen herausgebracht, die ein stattliches Stück Arbeit darstellen. Hervorragende Journalisten wirken hier als Chefredakteure, denen ein Stab von Mitarbeitern zur Seite steht. In ein solches Redaktionsbureau eines Riesendampfers führt uns die Schilderung eines Schiffredakteurs:

„Die tiefste Nacht ist hereingebrochen; alles, außer der Mannschaft, scheint auf dem Passagierdampfer zu ruhen. Aber in den Tiefen des Ankers, da finden wir einige Räume, in denen sieberhafte Tätigkeit herrscht. Hier wird die Zeitung für den nächsten Morgen hergestellt. Die Redakteure, die sich soeben noch im Smoking unter den Passagieren bewegten, haben ihre Arbeitsmittel angelegt und redigieren nun den Stoff für das Morgenblatt. Der „lokale Teil“ ist von ihnen während des Tages gesammelt worden und verhältnismäßig schnell zusammengestellt. Aber die Hauptnachrichten bringt der drahtlose Telegraph, hauptsächlich aus London; nächst sich der Dampfer der amerikanischen Küste, dann wird auch der New Yorker Dienst bemüht. Manche Schwierigkeiten stellen sich dem Schiffredakteur in den Weg. Atmosphärische und andere Einwirkungen schneiden ihm die drahtlosen Nachrichten ab; bei schwerer See läßt sich schlecht schreiben und noch schlechter lesen. Die drahtlosen Nachrichten sind während des ganzen Tages geströmt, aber erst des Abends finden die Telegraphisten die Zeit, sie niederzuschreiben, und dann werden sie sofort in die Redaktion gebracht, wo sie für die Zeitung bearbeitet werden. Dann kommt das Manuskript sofort zum Setzer. So geht der Nachrichten dienst durch viele Stunden, bis die letzte Meldung eingelaufen ist und der Redaktionsablauf erfolgt. Die Drucker müssen sich beeilen, denn die Zeitung muß vor dem Frühstück fertig sein. Unterdessen stehen bereits die Schiffsjungen in langer Reihe vor den Redaktionsräumen und warten auf

Fortsetzung nach Besten! Der Reichspräsident Hindenburg wird bald ein blaues Wunder erleben, wenn er gemahnt wird, wie seine Freunde im Lande seine schönen Versprechungen zu halten gedenken!

## Poehners Tod.

Eine Erklärung Kriegers.

München, 15. Mai. (B.Z.) Ingenieur Max Krieger, der Eigentümer des Automobils, mit dem die unglückliche Fahrt gemacht wurde, bei welcher der Abg. Poehner tödlich verunglückte und der Eigentümer selbst schwer verletzt wurde, läßt durch seinen Rechtsbeistand erklären, daß er mit aller Entschiedenheit gegen die Gerüchte Stellung nehme, als sei das Unglück mit Absicht veranlaßt und die Fahrt zu diesem Zweck besonders vorbereitet worden. Ingenieur Krieger läßt weiter erklären, daß er, um in keiner Weise der gerichtlichen Untersuchung vorzugreifen, es bisher unterlassen habe, zu den umlaufenden Gerüchten sich zu äußern. Nunmehr sehe er sich jedoch veranlaßt, seinerseits gegen die, die aus dem Unglück einen Sensationsfall machen möchten, mit allen Mitteln vorzugehen.

München, 15. Mai. (B.Z.) Nach Mitteilungen aus der nächsten Umgebung der Frau Poehner stützt diese ihre Ueberzeugung, daß ihr Mann einem Nord zum Opfer gefallen sei, auf eine angebliche Wahrnehmung unmittelbar nach dem Unfall, wonach Poehner nach dem Sturz aus dem Auto noch gelebt und gerufen habe: „Ihr Schuft!“ Als Antwort sei dann von einem Mitglied der Autogesellschaft der Ruf erfolgt: „Betrüger!“ Diese Darstellung wird von den an dem Unfall Beteiligten auf die halluzinatorische Erregung der Frau Poehner zurückgeführt, zumal diese auch schon bei Lebzeiten ihres Gatten ihn stets verfolgt gesehen habe und ihn in Gefahr glaubte.

## Chamberlains Stellung erschüttert.

Gerüchte über seinen bevorstehenden Rücktritt.

Paris, 15. Mai. (B.Z.) Hovas verzeichnet ein Gerücht, das in Londoner konservativen Kreisen, die der Regierung ziemlich nahe stehen, im Laufe, wonach Kusten Chamberlain demnächst seine Demission als Staatssekretär des Aeußeren geben werde. Sein Nachfolger werde Lord Birkenhead sein. Man versichere, daß die Bündnispolitik mit Frankreich und Belgien, so wie sie Kusten Chamberlain vor zwei oder drei Monaten in Aussicht genommen habe, und die von Kolonialminister Auzery stark befürwortet worden sei, niemals von der Mehrheit des Kabinetts angenommen worden sei. Auch habe der am Sonntag durch die „New York World“ veröffentlichte Text eines Memorandums die Stellung des Staatssekretärs des Aeußeren Office innerhalb des Kabinetts geschwächt. In offiziellen britischen Kreisen meigere man sich, zu diesem Gerücht Stellung zu nehmen und darüber irgend etwas zu äußern. Man müsse also das Gerücht mit allen möglichen notwendigen Vorbehalten aufnehmen.

Die hier verzeichnete Meldung über den bevorstehenden Rücktritt des englischen Außenministers kommt nicht unerwartet. Es ist schon längst kein Geheimnis mehr, daß Chamberlain von den übrigen Mitgliedern des englischen Kabinetts bei außenpolitischen Entscheidungen wiederholt in Widerheit verkehrt wurde. Er war es z. B., der das deutsche Sicherheitsangebot Ende Februar zurückweisen wollte, aber im Kabinett nur eine kleine Minderheit für sich gewann. Chamberlain erklärte daraufhin sofort seinen Rücktritt. Man beschwichtigte ihn daraufhin, um die schwerwiegenden Differenzen innerhalb der konservativen Partei nach den wenigen Monaten der Regierungstätigkeit des neuen Kabinetts nicht so sehr vor die Öffentlichkeit treten zu lassen. Chamberlain erbat sich eine zweistündige Bedenkzeit und stellte sich dann bedingungslos auf die Seite der Mehrheit des Kabinetts. Der Riß innerhalb der Regierung hat sich aber seitdem nicht verkleinert, sondern eher vergrößert.

die fertigen Exemplare, um sie auszutragen. Binnen einer halben Stunde sind Hunderte von Stücken des festigen Blattes, das mit den Anzeigen 15 000 Worte umfaßt, unter die Passagiere verteilt. Mit einem Seuzer der Erleichterung zieht sich der Redakteur in seine Kabine zurück. Er blüht noch durch das Guckloch und sieht die Morgenröte in goldigem Glanze dem weiten Meer entspringen. Aber dies Bild bietet für ihn keine Reize; gähnend sinkt er ins Bett...“

Der englische Romanhistoriker Alder Haggard ist in London im 69. Lebensjahre gestorben. Seine zahlreichen Romane, die meist in den englischen Kolonien, besonders in Südafrika spielen, erfreuten sich einer großen Beliebtheit in den breiten Schichten des lesenden Publikums. Haggard war ursprünglich selber in den Kolonien tätig und nahm auch am Burenkrieg teil. Seine Geschichten sind immer sehr spannend aufgebaut, Land und Leute sind treffend charakterisiert, und ein phantastischer Einschlag sorgt für die besonderen Bedürfnisse seiner Leserschaft.

Die Wembley-Ausstellung. Unter großem Enthusiasmus und mit all den herkömmlichen Zeremonien und Pomp eröffnete am 9. Mai der König von England die neue Wembley-Ausstellung. Wembley verpflichtet die Hauptattraktion des diesjährigen Sommers von England zu werden. Viele Verbesserungen sind in den Ausstellungsparke durchgeführt worden, und es wird erwartet, daß die Zahl der Besucher die Summe von 17 400 000 des vorigen Jahres übertreffen wird. Fodellumzüge, die im Vorjahre ein großer Erfolg waren, werden dieses Jahr wieder veranstaltet. Eine der Hauptattraktionen Wembleys werden die Vorführungen von äronautischer Kriegsmacht, Fliegerangriffen und Verteidigungen von London sein. Die Beleuchtungseffekte der Ausstellung überlegen alles im letzten Jahre Gesehenes und geben einen schönen Anblick nach Einbruch der Dunkelheit usw.

Also auf nach Wembley zum Rummel mit Fliegerangriffen!

Das erste Regat-Theater wird in Europa ein Gesamtgastspiel geben, und zwar zuerst am 26. Mai im Theater im Admiralspalast. Die Truppe besteht aus etwa 45 Malakern und ist aus den besten und berühmtesten amerikanischen farbigen Künstlern zusammengesetzt, die an New Yorker Theatern aufgetreten sind.

Wanderausstellungen von Gemälden. Einige Berliner Maler wollen durch keine Städte der Welt Wanderausstellungen geben lassen in der Absicht, in den den Sunntagen entliegender Orten streng juristische Werke zu zeigen und zum Kauf der Bilder anzuregen. Eine Sammlung beruht in im Besitz des Reichsausschusses Charlottenburg, Berliner Straße 70/72, veranlagt. Wochenags 10—6, Sonntags 10—8 Uhr.

Deutsche Literatur in Paris. Der international-literarische Club (Vereinigung) hat Heinrich Mann eingeladen, Ende Mai auf der Pariser Lausung als deutscher Bote zu sprechen. Dehertreich wird vertreten sein durch Hoffmannsthal und Rilke.

Der Mädchenhandel in der Dordochowka. In erkannlich hoher Blüte steht der Mädchenhandel in der Dordochowka. Nach einer Veröffentlichung des „Kreuzzeitung“ sind im letzten Jahre nicht weniger als 101 Mädchen von Mädchenhändlern aus der Dordochowka in den Kustland verschleppt worden. Entschend ist die Statistik über das Alter der verschleppten Mädchen. 12 haben 12—15 Jahre alt, 37 sind 15—20 Jahre, 18 sind 21—25 Jahre und 14 sind 26—33 Jahre alt. Von diesen 101 Mädchen wurden bis Ende 1924 nur 23 ausgeliefert, so daß 78 Frauen verschleppt sind.

# Die Untersuchung des Falls Höfle.

## Ausagen der Gefängnisbeamten.

Am Untersuchungsausschuss in Sachen Dr. Höfle wurde Freitag vormittag zunächst der Zeuge Lukas vernommen, Oberwachmeister in der Strafanstalt Moabit, Untersuchungsgefängnis. Er sagt aus, jedes hereinkommende Paket müsse rasiert werden, aber wenn jemand eine größere Pakete bestimme, fehle es infolge des Abbaues an Personal, um alles genau zu revidieren. Die Pakete gingen an eine Annahmestelle, deren Vorsteher dann die Sendungen dem Untersuchungsgefängnis überbrachte. Der Zeuge selbst hat mit den Paketen nichts zu tun gehabt und weiß nichts von Unregelmäßigkeiten, die bei Dr. Höfle vorgekommen wären. Dem Zeugen ist aufgefallen, daß Dr. Höfle nach und nach sehr abfiel, während er bei der Einlieferung einen „strammen“ Eindruck gemacht hatte. Am 1. Osterfesttag sei Dr. Höfle angetrunken gewesen; er selber (Lukas) habe nur einem Pfleger gesagt, daß er zwei Tassen Wein getrunken habe und „vollständig fertig“ sei. Das war am 1. Feiertag abends 7/8 Uhr. Auf Fragen des Vorsitzenden bemerkt der Zeuge, Dr. Höfle habe im Bett gelegen und mit leiser Stimme gesprochen. Am 2. Feiertag habe Dr. Höfle einen ganz verstärkten Eindruck gemacht; dem Zeugen kam es so vor, als hätte Dr. Höfle „etwas genommen“. Die Tasse, aus der Dr. Höfle getrunken habe, sei noch halb voll Wein gewesen; gesprochen habe Dr. Höfle an diesem Tage nicht. Nachher sei er eingeschlafen. Meldung über Höfles Zustand hat der Zeuge nicht erstattet, da ihn als Polizeibeamten die Sache nichts anging. Am Osterdienstag sei der Zustand Dr. Höfles genau derselbe gewesen wie am Montag. Am Mittwoch war das Bild wieder dasselbe. Am Donnerstag und Freitag habe Dr. Höfle schwer rächend dagelegen. Nach 6 Uhr abends habe der Pfleger immer nur durch das Loch in der Tür in die Zelle hineingesehen. Dr. Höfle habe sich am Donnerstag und Freitag völlig apathisch verhalten, gesprochen habe er nicht mehr. Erst am Montag habe der Zeuge wieder Dienst. Der Zeuge hat selbst am Sonntag, obwohl er dienstfrei war, bei der Umbettung Dr. Höfles geholfen und bemerkt, daß eine Tablette aus dem Bett herausfiel.

Der Zeuge läßt auf Fragen des Vorsitzenden durchblicken, daß wohlhabenderen Gefangenen gegenüber zu großes Entgegenkommen geübt werde. Der Vorsitzende fragt, ob das auch bei Dr. Höfle der Fall gewesen sei. Zeuge Lukas bejaht das mit Rücksicht darauf, daß drei volle Flaschen Wein in die Zelle Höfles hineingekommen seien; sonst würden nur immer einzelne Gläser Wein bewilligt.

Auf Befragen durch den Abg. Wegl (Soz.) erklärt der Zeuge Lukas es nach seinen Wahrnehmungen vom Freitag, den 17. April, für ganz ausgeschlossen, daß Dr. Höfle sich noch am Sonnabend vormittag eine Stunde lang mit anderen Personen unterhalten haben soll.

Der Vorsitzende verliest einen Rapport des Inspektors Schmidt vom 15. April, wonach der Verdacht bestand, daß Dr. Höfle mehr alkoholische Getränke genieße, als zulässig sei. Der Gefängnisarzt Dr. Thiele habe darauf erklärt, daß von ihm aus überhaupt keine alkoholischen Getränke verordnet seien. Der Wein ist also, wie der Vorsitzende feststellt, in Paketen für Dr. Höfle hereingekommen.

Abg. Heilmann (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß vom Abbau die Gefängnisbeamten ausgenommen seien.

Zeuge Lukas erklärt demgegenüber erneut, daß auch Gefängnispersonal „abgebaut“ worden sei.

Hierauf wird der Oberwachmeister im Untersuchungsgefängnis Moabit, Kühne, vernommen, der mit Dr. Höfle nur bei der Umbettung am Abend, den 18. April, in Berührung gekommen ist. Er wurde aus der Zentrale vom Vorsteher Schmidt gerufen und half bei der Umbettung. Dabei wurden eine Menge Tabletten gefunden, teils lose, teils in einem unbeschrifteten Briefumschlag, von einer Sorte 21, von einer anderen 12. Als die Schlafdecke vorgezogen wurde, rollten die Tabletten herunter. Bei der Umbettung waren außer Kühne und Lukas die beiden Türwächter und der Pfleger zugegen.

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Sitzungen des Höfle-Ausschusses ergab die heutige bis zur Mittagspause nichts wesentlich Neues. Sie wurde zum größten Teil ausgefüllt mit der Vernehmung des Gefängnisoberwachmeisters Lukas, der bei der Auffindung der Schlafmitteltablettchen zugegen war. Weder durch seine Befundungen noch durch die darauf folgende kurze Vernehmung des Wachtmeisters Kühne kam man der Lösung des Rätsels, das diesen Fund umgibt, irgendwie näher. Der einzig belangreiche Punkt der heutigen Vormittagsitzung war, daß auch der Zeuge Lukas es für ausgeschlossen erklärte, daß sich jemand am Sonnabend, den 18. April, vormittags, eine Stunde lang mit Dr. Höfle unterhalten hätte, den er bereits in den vorangegangenen Tagen in apathischem, benommenem Zustande beobachtet konnte.

In diesem Punkte stimmen alle Zeugen überein, die Dr. Höfle in den Tagen vor dem 18. April wiederholt gesehen hatten: die Pfleger, der Gefängnislehrer, der Geistliche, die Gefängniswachtmeister.

Und trotzdem will Oberstaatsanwalt Linde sich an diesem Morgen eine Stunde lang über alles Mögliche mit Dr. Höfle unterhalten, ihn ganz frisch gefunden haben, so daß sein Bericht hierüber Dr. Thieles Verdacht bestätigte, Höfle sei nur Simulant!

hofft, ähnlich wie zahlreiche weißgardistische Ueberläufer (General Glaschtschew u. a.) es in Sowjetrußland zu Amt und Würden bringen zu können. Seine Berechnung trag. Die Uebereinstimmung es vor, Sawinkow im Gefängnis zu halten. Einerseits fürchtete sie ihn zu sehr, andererseits war es viel bequemer, die Anerkennung und die Befehle des früheren Gegners für die Vortrefflichkeit der Sowjetherrschaft auszusprechen, solange dieser Gegner im Gefängnis lag und sich nicht wehren konnte. Durch diese Berechnungen hat nun Sawinkow einen Strich gezogen. Am 7. Mai hat er an den Chef der Ucheza Derschinskij einen Brief geschrieben, in dem er verlangte, daß man ihn entweder erschießen oder ihm die Möglichkeit geben möge, zu arbeiten. An demselben Tage hat er seinem Leben durch Selbstmord ein Ende gemacht, um der ewigen Folter des über ihn schwebenden Todesurteils zu entgehen.

Der Tod Sawinkows bedeutet nicht nur das Ende eines revolutionären Abenteurers, der sich in seinen eigenen Widersprüchen verstrickt sah und schließlich keinen Ausweg fand, er bedeutet auch eine neue furchtbare Anklage gegen die Sowjetdiktatur, die ihre politischen Gegner, selbst wenn sie sich zu ihr bekennen, durch physische und geistige Tortur zum Selbstmord treibt.

## Russischer Sowjetkongress.

### Nykows Bericht.

Moskau, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch erstattete Nykow dem Bundeskongress der Sowjetunion ein dreistündiges Referat. Es sei charakteristisch an der internationalen Situation, so führte er aus, daß eine verhältnismäßige Stabilisierung des Kapitalismus bei gleichzeitiger Stabilisierung des Sowjetverbandes eingetreten sei. Allerdings hätten sich leider die Hoffnungen, die man an die Erneuerung der Beziehungen zu Frankreich knüpfte, nicht erfüllt. Staaten, die Rußland bisher nicht anerkannten, müßten damit rechnen, in Zukunft auf manches zu verzichten, was andere Staaten erhielten; auch das Verhältnis zu Polen und den baltischen Ländern sei recht unbefriedigend.

## Aus dem Sowjetparadies.

Von der Auslandsdelegation der Partei der linken Sozialrevolutionäre wird uns geschrieben:

Unter dem 8. d. M. ist aus Moskau folgende Nachricht eingetroffen: Irina Kachowskaja, die noch unlängst eine zweijährige Verbannung beendet hat, ist von der bolschewistischen Regierung wieder verhaftet und für weitere drei Jahre zur Verbannung nach Wjatska von der Ucheza verurteilt worden. Gegenwärtig liegt sie krank im Moskauer Sforim-Gefängnis danieder. Eine ärztliche Untersuchung hat festgestellt, daß beide Lungenflügel in solchem Maße erkrankt sind, daß Lebensgefahr für die Kachowskaja besteht.

Im Anschluß an diese Mitteilung, die die Verhältnisse in den russischen Sowjetkern grell illustriert, appelliert die Auslandsdelegation an die öffentliche Meinung der westeuropäischen Arbeiterklasse, für die Rettung der Genossin Irina Kachowskaja einzutreten, die ihr ganzes Leben der revolutionären Bewegung in Rußland geweiht hat. Es ist von der bolschewistischen Regierung zu fordern, daß sie die gefangene Revolutionärin nicht im Gefängnis zugrunde gehen läßt, sondern ihr die Möglichkeit gewährt, ihre im Kerker zerstörte Gesundheit wieder herzustellen.

## Die Bürgermeisterwahlen in Lyon.

### Die Sozialisten für Herrist.

Paris, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In Lyon, wo bei den Kommunalwahlen die Sozialisten mit 31 Sitzen gegen 26 der Radikalsozialisten die absolute Mehrheit im Stadiparlament erlangt haben, hat die sozialistische Fraktion gestern beschlossen, bei der am Sonntag stattfindenden Wahl des Bürgermeisters auf die Auffstellung eines eigenen Kandidaten zu verzichten und für die Wiederwahl Herrists zu stimmen.

## Die neue Gasversorgung Berlins.

Die Stadtverordnetenversammlung hat gestern in ihrer geheimen Sitzung einen Beschluß gefaßt, der eine Vereinheitlichung der Gasversorgung anstrebt. In der Versorgung, selbst der älteren Stadtteile, war bisher neben den eigenen Gaswerken der Stadt noch die Deutsche Gasgesellschaft L. & G. beteiligt, die Nachfolgerin der ehemals Englischen Gesellschaft. Das Berliner Versorgungsgebiet dieser Gesellschaft soll vom 1. April 1929 an den Gaswerken der Stadt als Versorgungsgebiet vorbehalten bleiben. Für das Gebiet im Süden Berlins hat die Deutsche Gasgesellschaft durch Verträge, die in den einzelnen Bezirken von verschiedener langer Dauer sind und zum Teil sich noch über mehrere Jahrzehnte erstrecken, sich die gesamte Versorgung gesichert. Hier soll ein Vertrag geschlossen werden, der einheitlich bis zum Jahre 1975 der Gesellschaft das alleinige Versorgungsrecht einräumt. Von da ab soll die Stadt das Recht der Kündigung haben, womit sie die gesamten Anlagen übernehmen und die Deutsche Gasgesellschaft kein Recht mehr auf Versorgung behält. Die Stadt erhält schon jetzt durch Vermehrung ihres Besitzes an Aktien der Gesellschaft einen stärkeren Einfluß auf diese und sichert sich aus den Erträgen des Betriebes mehr als die Hälfte. Auch mit der Gasgesellschaft Niederbarnim, die einige Bezirke im Norden und im Südosten versorgt, wurde eine Auseinanderlegung beschlossen. Die Stadt erwirbt die Anteile des Kreises Niederbarnim an dieser Gesellschaft.

## Eine Familientragödie.

### Mutter und Tochter mit Gas vergiftet.

Unter der schweren Beschuldigung, sich an seiner jetzt 16 Jahre alten Stieftochter vergangen zu haben, wurde vor vier Wochen ein Mörder A. vom Hofsteiner Ufer festgenommen. Er befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Die Vernehmung ging von seiner 43 Jahre alten Ehefrau und der Stieftochter aus.

Am vergangenen Dienstag hatten beide Frauen Vorladungen erhalten, um von der Staatsanwaltschaft zur weiteren Klärung der Angelegenheit noch einmal vernommen zu werden. Seitdem kamen sie nicht mehr zum Vorstehen. Gestern fiel ein Gasgeruch aus ihrer Wohnung auf. Man schöpfte Verdacht, wollte nachsehen, fand aber keinen Einlaß und erhielt auf Klingeln und Klopfen keine Antwort. Die Tür war von innen verriegelt, das Schlüsselloch war verstopft, die Fenster waren verhängt. Als man nun mit Gewalt öffnete, fand man die Wohnung mit Gas angefüllt und Mutter und Tochter tot daliegend. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Auf dem Tische lagen ein Abschiedsbrief, in dem Frau A. über ihr Geld und ihre Schmuckstücke verfügte, und die Vorladungen vor die Staatsanwaltschaft. Man vermutet, daß der Mann und ihrer Tochter von Angehörigen Vorhaltungen gemacht worden sind, daß sie ihren Mann und Stiefvater ins Zuchthaus brachten, und daß sie deshalb in den Tod gegangen sind.

## Rechts und links vom Korridor.

Eine typische Tragikomödie sozialer Art ist es, die der Richter zum Abklären bringen soll. Er wird den Vorhang fallen lassen, eine Pause legt ein, und dann beginnt das Spiel von neuem.

Lange Jahre bewohnt das unverheiratete Fräulein P. „Stube mit Küche“, rechts vom Korridor und ebenso lange die verheiratete Frau B. „Stube mit Küche“ links vom Korridor. Wenn Menschen sich immer einander so nah sind, werden sie meistens gute Freunde oder bittere Feinde, zuweilen erst das eine und dann das andere. So war es jedenfalls mit Frau B. und Fräulein P. Ganz besonders ärgert es die Verheiratete, daß die Unverheiratete manchmal in später Abendstunde noch Besuch hat, sogar männlichen Besuch, und nicht einmal mit ewiger Ausdauer ein und denselben Gast. Einmal war's sogar „son Heiner Jude“, was offenbar besonders schlimm. Und Schlüsselbesitzer tragen nicht Ebenholz vorzuziehen, sondern auch die Aufschlüsselungen (!) der Klappschlüssigen Savignierin, deren Stimme höflich schreit: „Sie hatten Besuch am 3. Januar, am 17. Februar, 14. März...“ Als einmal der „Anstich“ besonders heftig war, rief Frau B.: „Das ist ja die reine Absteige“ — um prompt natürlich vor Gericht nicht zu wissen, was eine Absteige tatsächlich ist. Es kommt natürlich in solchen Fällen nicht auf die — nicht einmal bewiesene — Häufigkeit männlichen Besuchs an, sondern auf das Gewerbenmäßige der Angelegenheit, wenn der Ausdruck nicht grob beleidigend sein soll. Aus Trost kapiert natürlich die sonst sehr intelligente, ja sogar raffinierte Frau B. nicht. Aus Trost findet sie sich nicht zu einer Ehrenerklärung bereit. Wieder läßt sie ihren Mann, der fast nichts verdient, die — uns allerdings auch reichlich hoch bemessen erscheinende — Summe von 150 M. zahlen. Und es wird im Laufe Einkstraße I weiter spioniert, geklopft und gestiftet werden. Weil bei Raumnot Böses stets sich entfaltet! Denn Kläger und Angeklagte sind im kapitalistischen Staate letztlich alle Opfer.

## Eröffnung des Wap.

Die große Vergnügungsstätte im Nordwesten Berlins, die den etwas ungewöhnlichen Namen „Wap“ trägt, hat nunmehr gleichfalls ihre Pforten eröffnet. Wie gestern den geladenen Gästen mitgeteilt wurde, legt man dort oben in Moabit Bert darauf, für ein verhältnismäßig geringes Eintrittsgeld viele, zumindest aber mancherlei gute Sachen zu bieten. Man kann auch nicht gut anders, denn es wohnen dort große Mengen proletarischer Existenzen, die sich allenfalls einmal im Sommer den Besuch einer solchen Vergnügungsstätte mit ein paar Mark Ausgabe gestatten können, um auch den Kindern einmal etwas zuteil werden zu lassen. Das Programm, das der Wap sich gestellt hat, ist jedenfalls gut und anerkenntswert. Im Innern des großen Ausstellungsgeländes fällt eine Kavanlage auf, die, nach den Darstellungen zu schließen, sich wahrscheinlich in kürzester Zeit großer Beliebtheit erfreuen wird: Es ist ein großes Freiluftparade, gegen Witterungsunbilden geschützt. In einem Nachmittags finden nicht weniger als vier Vorstellungen statt. Geiern sah man ausgezeichnete Akrobaten und Tänzer. Die Besucher des Wap sind berechtigt, den Vorstellungen als Strohhalme unentgeltlich beizumischen. Für Strohhalme zahlt man ein paar Groschen. Das Ganze erinnert in angenehmer Weise an ein ähnliches Vorbild des berühmten Kopenhagener Livoli. Natürlich ist die Berg- und Talbahn auch wieder in Betrieb, und sie überwindet nicht unerhebliche Höhenunterschiede. Außerdem gibt es eine Menge Mögligkeiten, sein wenig oder vieles Geld fädelnd an den Mann oder an das Fräulein zu bringen. Die Mitteilung, daß es auch einen Wap-tios gibt, soll den Müttern nicht vorenthalten werden.

## Der Engpaß am Ringbahnhof Treptow.

Wiederholt ist über die unhaltbaren Verkehrsverhältnisse auf dem schmalem Fußgängerweg, der von der Straßauer Dorfstraße nach dem Treptower Park am Ringbahnhof Treptow hinüberführt, berichtet worden. Er ist zwischen der Oberbaumbrücke und der Tresowbrücke in Oberhornowide, also im Abstand von mindestens einer Lauffstunde, der einzige Uebergang über die Oberpre, der deshalb einen sehr starken Verkehr aufzunehmen hat. Seit Wochen ist nun dieser Weg in seiner Breite durch Errichtung eines die Mitte einnehmenden hohen Bretterzaunes noch um die Hälfte verringert worden, so daß nicht mehr zwei Personen, ohne sich zu berühren, nebeneinander gehen können. Nach wie vor werden auch Fahrräder und Kinderwagen über diesen Weg geschoben. Man kann sich also vorstellen, welche Szenen sich hier namentlich Sonntags, wenn Jesuitaufende den Engpaß benutzen, abspielen. Wie es heißt, ist die Verkehrsverschlechterung, die noch Monate andauern kann,

## Sawinkows Ende.

### Selbstmord im Sowjet-Gefängnis.

Aus Moskau kommt die sensationelle Meldung, daß der bekannte Organisator terroristischer Attentate unter dem Zarismus, der Sozialrevolutionär Boris Sawinkow, der im vorigen Jahre plötzlich zu den Bolschewisten überging, in dem Moskauer Gefängnis, in dem er interniert war, Selbstmord begangen hat, indem er sich aus dem fünften Stock in die Tiefe stürzte.

Mit Sawinkows Tod findet ein Leben einen Abschluß, das eben so abenteuerlich wie problematisch war. Als junger Student schließt sich Sawinkow am Anfang des Jahrhunderts der russischen Sozialdemokratie an, er tritt aber sehr bald zu der Sozialrevolutionären Partei über, deren terroristische Taktik seiner Natur und seinen Anschauungen mehr entspricht. In den Jahren vor der Revolution von 1905 steht er an der Spitze aller Attentate gegen die zarischen Minister, aber mit dem Abflauen der revolutionären Bewegung tritt auch bei ihm ein Rückschlag ein, der dahin führt, daß er sich eine Zeitlang völlig von der Politik zurückzieht. Während der Revolution von 1917 tritt er wieder in den Vordergrund, nimmt unter Kerenski einen hohen Posten in der Militärverwaltung ein, stürzt sich aber schließlich in Abenteurer, die seinen Ausschluß aus der Sozialrevolutionären Partei zur Folge haben. Nach der Etablierung der bolschewistischen Herrschaft wird er einer der erbittertesten Gegner der Sowjetgewalt. Er konspiriert mit den Vertretern der Ententeorganisationen, die militärische Interventionen in Rußland organisieren; er initiert Attentate und Verschwörungen gegen die Sowjetgewalt; er tritt in enge Verbindung mit den Häuptern der monarchistischen Gegenrevolution, die den Bürgerkrieg in Rußland organisieren. Er gehört zu den kühnsten und verschlagensten Gegnern der Bolschewisten und schreckt vor keinem noch so verwerflichen Mittel zurück, um die Sowjetregierung zu stürzen.

Um so größer ist im vorigen Jahre die allgemeine Ueberzeugung, als es bekannt wird, das Sawinkow in der Nähe der russisch-polnischen Grenze verhaftet, nach Moskau gebracht und sofort in einem sensationellen Prozesse abgeurteilt wird. Sowohl die ganze Art der Verhaftung wie der sofort inszenierte Prozeß weisen darauf hin, daß der ganze Vorgang ein abgekartetes Spiel ist. Sawinkow legt vor dem Moskauer Gericht ein „reumütiges Geständnis“ ab, erklärt seine bisherige Haltung als falsch und erkennt die Sowjetgewalt an. Die kommunistische Presse schaltet wochenlang die „Bekennnisse“ Sawinkows aus, überschüttet auf Grund seiner „Ausagen“ die gegnerischen Parteien mit den größten Beschimpfungen und benutzt die Uebertritt des ehemaligen gefährlichsten Gegners zur Verherrlichung der unerschütterlichen Macht der Sowjetregierung.

Gleichzeitig befundet das revolutionäre Tribunal Sawinkow gegenüber eine Milde, die jeden in Erstaunen setzen muß, der die blutige Praxis der Sowjetgewalt kennt. Formell wird das Todesurteil gegen ihn gefällt. Aber dieses Urteil wird nicht vollstreckt. In Anbetracht seines „reumütigen Bekenntnisses“ wird Sawinkow in einem Moskauer Gefängnis interniert. Die Behandlung, die ihm dort zuteil wird, unterscheidet sich außerordentlich von der der übrigen politischen Gefangenen. Er darf sich im Gefängnis ziemlich frei bewegen und kann auch — was sonst nicht vorkommt — unter Bewachung von Polizeibeamten Ausgänge in die Stadt unternehmen. Noch vor kurzem veröffentlichte die kommunistische Presse Berichte von ausländischen Korrespondenten, die Sawinkow im Gefängnis besuchen durften und die seine Ueberzeugung zur Beschönigung und Verherrlichung der Verhältnisse in den Sowjetgefängnissen benutzten.

Soweit entsprach alles den Plänen der Sowjetregierung, die aus Sawinkow alles herauspresste, was herauszupressen war und ihn sorgfältig als Reklamefigur benutzte. Sawinkow war weniger von diesem Ausgang bestrahlt. Seine aktive Natur drängte nach einer anderen Lösung. Er hatte wohl ge-



## Gewerkschaftsbewegung

### Ausbau des Gewerkschaftsapparats.

Die gewaltige politische Macht, die die Unternehmerverbände in Wirtschaft und Politik besitzen, beruht nicht allein darauf, daß sie als Besitzer der Produktionsmittel und eines großen Teils der Presse die öffentliche Meinung in ihrer Hand haben. Fast noch mehr spielt dabei die Tatsache eine Rolle, daß die Unternehmerorganisationen es verstanden haben, einen großen Teil der sogenannten Intelligenz unmittelbar in den Dienst ihrer Interessen zu stellen. Der Reichsverband der deutschen Industrie, der Deutsche Industrie- und Handelsstag, die großen Interessentenverbände der einzelnen Branchen, der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft und die ihm gleichgerichteten Organisationen — sie alle beschäftigen als Syndizi oder als Ratgeber wissenschaftlich vorgebildete Kräfte, die es verstehen, auch die willkürlichsten und brutalsten Forderungen der Unternehmer nach außen hin wirksam zu vertreten, indem sie sie mit Wissenschaftlichkeit umbräuen, den Vätern verblüffen und selbst in den Reihen der Fachgelehrten oft genug Vermittlung anrichten. Von der Größe dieses Stabes, der den kapitalistischen Interessenten zur Verfügung steht, kann man sich einen Begriff machen, wenn man sich daran erinnert, daß einzelne Unternehmungen oft Dutzenden von Branchenverbänden angehören und alle diese Verbände einen mehr oder minder ausgebauten Apparat haben, der die Unternehmer bei der Vertretung ihrer Wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen unterstützt, ihre wirtschaftlichen Interessen begründet und oft auch in recht zweifelhaften Fragen — man denke nur an das Kapitel der organisierten Steuerdrückbereiung — kräftig in Aktion tritt.

Es ist daher nur zu begrüßen, daß neuerdings auch die Arbeitnehmerorganisationen und an ihrer Spitze die Gewerkschaften in steigendem Maße bestrebt sind, durch Einstellung geeigneter Kräfte die wissenschaftliche Begründung ihrer Forderungen auf breiterer Basis vorzunehmen. Bald nach der Stabilisierung der Währung, die den Aufstieg der Gewerkschaften wieder ermöglichte, kam die Werbestätigkeit der Zeitungen sich wieder entfalten und manche sachkundige Feder für die Interessen der Arbeiterschaft gewinnten. Der ADGB hat in seiner Zeitschrift „Die Arbeit“ sich ein gut fundiertes Kampforgan geschaffen. Die Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften geht nun auch an einen weiteren Ausbau des Bundesbureaus durch Einstellung von Spezialkräften für die einzelnen Hochgebiete heran. So sind jetzt neu eingestellt worden: Dr. Hans Arons-Berlin, Dr. Bruno Broeder-Köln und Robert Sachs-Liegnitz. Genosse Arons ist Wirtschaftler und Wirtschaftsstatistiker; Genosse Broeder wird sozialpolitische Fragen und Genosse Sachs Fragen des Arbeiters, besonders des Bauarbeiters, bearbeiten. Genosse Sachs war bisher als Baukontrolleur und Wohnungspfleger der Stadt Liegnitz tätig.

Man darf hoffen, daß die Arbeiterbewegung aus einem derartigen Ausbau ihrer zentralen Stellen bei der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Interessen eine neue Stärkung erfährt. Man wird nicht eher ruhen dürfen, bis man der durchgebildeten Interessenorganisation der Unternehmer eine in allen fachlichen Einzelfragen gleichwertige Organisation der Arbeitnehmer gegenüberstellen kann. Auf die Mithilfe der durch Hochschulbildung für sachlich-wissenschaftliche Fragen besonders geeigneten Akademiker wird man dabei ebensowenig verzichten dürfen wie auf die tatkräftigen Organisatoren und Agitatoren, die ihre Kenntnis und Schulung in der Gewerkschaftsbewegung dem Dienste von unten auf verdanken.

### Aufdringliche „Gewerkschaftsfreunde.“

In ihrer sattem bekannten Bescheidenheit schreibt sich die RSD.-Zentrale, „Abteilung Gewerkschaft“, das Hauptverdienst zu, zur Gesundung der Gewerkschaften beigetragen zu haben. Der „Vorwärts“ aber klaffe über die Gewerkschaftsgesundung. Den ungeheuren Schaden, den die Allerneulösungsrevolutionäre den deutschen Gewerkschaften zugefügt haben, der sich auch heute noch in der großen Zahl der wieder unorganisierten zeigt, daneben aber auch in dem Wiederauftreten der gelben „Baterländischen“, diesen Schaden können keine Parolen aus der Rosenhauer und der Münzstraße wiedergutmachen.

Wenn diese Parolen jetzt auch für den Wiedereintritt in die Gewerkschaften sprechen, so doch nur zu dem Zweck, innerhalb der Gewerkschaften die „reformistische“ Gewerkschaftsarbeit zu sabotieren und kommunistische Parteipolitik zu betreiben. Das ganze Sündenregister der Kommunisten, an das wir in Nr. 222 des „Vorwärts“ mit der Aufzählung einiger Beispiele erinnerten, sucht die „Rote Fahne“ als „alle Kamellen“ abzutun. Die Hindenburg-Wahlhelfer glauben immer noch, die Gewerkschaften für ihre Zwecke zu „erobern“, indem sie ihre ganzen „Heldentaten“ gegen die Gewerkschaften verzeichnen und dafür schimpfen über „alle jene unerhörten, schändlichen, geradezu verbrecherischen Ausschluß- und Spaltungsaktionen der reformistischen Gewerkschaftsinstanzen“, die sie mit aller Gewalt provoziert haben.

Diese Gewerkschafts-„Retter“ versichern bei dieser Gelegenheit wiederum, daß sie

„Innerhalb der Gewerkschaften nach wie vor mit aller Schärfe und Sachlichkeit unermüdet den Kampf gegen die arbeitsgemeinschaftlichen reformistischen Gewerkschaftsbureautaten“ führen werden. Nun wohl, Sachlichkeit würden wir begrüßen, den Kampf aber, den die Moskaffilale den Gewerkschaften weiterhin ankündigt, haben die Gewerkschaften um so weniger zu fürchten, als er in der Hauptsache bereits zu ihren Gunsten entschieden ist. Eben darin besteht die Gewerkschaftsgesundung, daß die kommunistischen Saboteure der Gewerkschaftsarbeit ziemlich kaltgestellt sind.

### Nacht- und Sonntagsschlächterei.

Gegen die Nacht- und Sonntagsarbeit und gegen die mangelhaften hygienischen Zustände auf dem Schlacht- und Viehhof richtete sich eine vom Zentralverband der Fleischer und vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband einberufene Versammlung der beteiligten Arbeiter. Wie der Referent Schutz ausführte, ist seit Mai v. J. das Schlachten von Rindvieh an Sonntagen wieder erlaubt. Längere Zeit hat ein Sonntagsarbeitsverbot bestanden und trotzdem ist die Bevölkerung ausreichend mit frischem Fleisch versorgt worden. Der Erlaß der Diktation ist offenbar auf das Drängen der Engroschlächtermeister zurückzuführen, die ihr Verlangen damit begründeten, daß nicht genügend Rühzellen vorhanden seien, um das am Sonnabend geschlachtete Fleisch über Sonntag frisch zu erhalten. Wertwürdigerweise wurde die Anordnung getroffen, ohne daß die Arbeiter gehört wurden. Auf eine diesbezügliche Reklamation der beteiligten Verbände ist bis heute noch keine Antwort von der Diktation eingetroffen. Der Referent gab zu, daß ein Mangel an Rühzellen vorhanden ist. Die Versammlung war mit ihm aber einer Meinung, als er betonte, daß dieser Mangel an technischen Einrichtungen nicht auf Kosten der Freizeit der Arbeiter ausgeglichen werden darf. Mindestens wäre es jetzt an der Zeit, den Ausbau des Schlacht- und Viehhofes vorzunehmen, da dieser sich wieder sehr gut rentiert.

Die hygienischen Zustände auf dem Zentralviehhof sind unhaltbar. Für die vielen Beschäftigten, die während ihrer Arbeit mit scharfen und großen Werkzeugen umzugehen haben, sind nur zwei Unfallstationen vorhanden, die nur mit je einem Heilgehilfen besetzt sind. Die Heilgehilfen werden noch dazu von der Schlächterverwaltung mit Nebenarbeiten beschäftigt, so daß im Falle eines größeren Unglücks, wie das auch schon vorgekommen ist, große Gefahren für die Verletzten bestehen.

Der Referent fasste die Forderungen der Arbeiter dahin zusammen, daß die Sonntagsarbeit wieder zu beseitigen ist, weil eine wirtschaftliche Notwendigkeit dafür nicht vorliegt. Der Antrag der Engroschlächtermeister, den Vieh- und Schlachthof an den Arbeitstagen früher als bisher zu eröffnen, ist abzulehnen, weil damit ein früherer Arbeitsbeginn verbunden wäre, der halb in die Nachtzeit fallen würde. Die Heilgehilfen in den Unfallstationen sind von jeder Nebenbeschäftigung freizustellen; daneben ist die Anstellung eines händigen Arztes dringend erforderlich. Die Arbeiterchaft des Schlacht- und Viehhofes verlangt ferner eine Vertretung im Kuratorium.

In der Diskussion wurden die richtig und sachlich vorgebrachten Ausführungen von Stadtrat Genossen Erdt von der Versammlung mit großer Unruhe aufgenommen. Er betonte, daß die Erhaltung des Vieh- und Schlachthofes im Eigentum der Stadt Berlin während und nach der Inflationszeit manche Maßnahmen verständlich erscheinen lasse, die der Arbeiterchaft nicht gerade gefällig. Im übrigen werde die baldige Fertigstellung der riesigen neuen Hallen die erwünschte Besserung bringen. An der Diskussion beteiligten sich noch Vertreter der Schlächtermeister, der christlichen Gewerkschaften und

der Vorsitzende des Fleischerverbandes, Genosse Hensel, der den Kameraden mit aller Deutlichkeit sagte, daß nur eine geschlossene gewerkschaftliche Organisation in der Lage ist, die geringen Mißstände zu beseitigen.

### Der Kampf in der Racheofen-Industrie.

Die Ofenformer in Racheofen hatten zum 1. April einen neuen Lohnvertrag ausgehandelt und ihn den Racheofenfabrikanten zur Ratifizierung vorgelegt. Eine Einigung erfolgte nicht. Die Ofenformer machten den Vorstoß, im April vorläufig 15 Proz. auf den alten Tarif zu zahlen und im Laufe des April den neuen Tarif zu beraten. Die Unternehmer gingen darauf nicht ein und die Ofenformer traten in den Streik. Wiederholt haben die Racheofenfabrikanten in der Zeit des Bestehens ihres Verbandes die Ofenformer Deutschlands ausgesperrt. Der Kampf im Jahre 1923 währte 28 Wochen. Auch diesmal versuchten sie, ab 2. Mai die Arbeiter aller Racheofenfabriken in ganz Deutschland aufs Pfloster zu werfen. In letzter Minute gelang es, mit den Ofenfabrikanten in Süddeutschland, Bayern, Baden und Württemberg, eine Vereinbarung zu treffen und dort die Aussperrung illusorisch zu machen. Dagegen wurden in Racheofenfabriken des Bezirkes Sachsen, Thüringen, Anhalt, Brandenburg, Schlesien, Mecklenburg, Hannover die Ofenformer und Arbeiter ausgesperrt. Das sächsische Arbeitsministerium versuchte zu vermitteln und am Dienstag fanden in Berlin Verhandlungen statt. Die Unternehmer lehnten eine Erhöhung der Löhne über 10 Proz. hinaus ab. Da auch der Vorschlag des Verhandlungsleiters, Oberregierungsrat Brand, vorläufig auf 12½ Proz. zu gehen, bei den Arbeitgebern keine Zustimmung fand, scheiterten die Verhandlungen. Die Suche des eingeleiteten Sonderrichters, den Streik durch ein event. einseitiges Schiedsgericht aus drei Unparteiischen und je zwei Arbeitgeberern und Arbeitnehmern zu entscheiden, scheiterten ebenfalls.

Die Aussperrten haben beschlossen, die Arbeit nicht aufzunehmen, solange nicht eine angemessene Lohnerhöhung erfolgt ist. Daneben sind für Brandenburg (Schmelzwaren), Mecklenburg (Bekleidungswaren) neue Tarife eingeleitet worden.

Der Kampf wird mit erbitterter Schärfe geführt und die Erklärungen der einzelnen Arbeitnehmervertreter, daß selbst bei einem verbindlich erklärten Schiedsgericht — wenn derselbe nicht angemessen sei — die Arbeit nicht aufgenommen wird, zeigt, daß mit einer längeren Dauer des Kampfes zu rechnen ist.

### Arbeitsleistung und Arbeitslohn in Rußland.

(RSD.) Im Anschluß an die Beratung des Lohnproblems in der Plenarsitzung des Zentralrates der russischen Gewerkschaften bringt das Gewerkschaftsorgan „Trud“ vom 1. Mai Angaben über die Entwicklung der Arbeitsleistung und des Lohnes seit Oktober 1923. Die Arbeitsleistung ist seit Oktober 1923 bis einschließlich Januar 1925 durchschnittlich um 53,1 Proz. der Reallohn dagegen nur um 27,2 Proz. gestiegen. Seit September 1924, dem Monat des günstigsten Lohnstandes, ist dieser Abstand noch größer: die Arbeitsleistung ist seit September 1924 bis einschließlich Januar 1925 um 31 Proz. gestiegen, der Reallohn dagegen nur um 1,2 Proz. gefallen. Die Steigerung der Arbeitsleistung wurde erreicht hauptsächlich durch Hebung der persönlichen Intensität der Arbeit infolge einer umfassenden Anwendung des „Flordlohnsystems“. Die Akkordlöhne wurden während dieser Zeit überall herabgesetzt, durchschnittlich nicht weniger als um 13 bis 15 Proz., in manchen Fällen 25 Proz. und noch mehr. Selbst die bürokratischen russischen Gewerkschaften sind durch diese Art der Hebung der Arbeitsleistung beunruhigt.

### Der Bauarbeiterstreik in Rheinland-Westfalen.

Ahn, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichsarbeitsministerium unternahm gestern einen letzten Versuch, den Arbeitsstreik im rheinisch-westfälischen Baugewerbe zu schlichten. Der Versuch lief nach mehrstündiger Aussprache vollständig ergebnislos aus. Es ist damit zu rechnen, daß das Reichsarbeitsministerium nunmehr den Schiedsgericht für verbindlich erklären wird. Doch kann man daraufhin nicht hoffen, daß der Streik beigelegt wird. Die Arbeitgeber sehen die Lohnforderungen der Bauarbeiter nach wie vor ab und spielen mit dem Gedanken einer allgemeinen Aussperrung. Die Situation hat sich sehr verschärft und im Laufe des heutigen Freitag wird sich der Bauarbeiterstreik auf das ganze rheinisch-westfälische Gebiet ausdehnen.

Der Transportarbeiterstreik in Dänemark ist heute früh aufgenommen worden. Damit ist die ganze Situation scharf zugespitzt.

Hundert Londoner Autobusangestellte streiken, um gegen die Entlassung eines ihrer Kameraden zu protestieren.



# Für jede Figur

die richtige Passform in fertiger Kleidung

## Große Auswahl \* Niedrige Preise

<b>Sakko-Anzug</b> bedächtig melierter haltbarer Stoff, mod. gemastert <b>38,00</b>	<b>Blaue Sakkoanzüge</b> leichte Qual. in mod. 1- und 2-reihigen Formen N. 65., 77. <b>68,00</b>	<b>Herr.-Gummimäntel</b> Kappesgewebe, pa. Gummierung, weite Schlüsselform N. 27., 24. <b>19,00</b>	<b>Jüngl.-Sport-Anz.</b> mit gestü. Broches, blauer u. farbiger Chevots N. 65., 86. <b>29,00</b>
<b>Sakko-Anzug</b> mod. fertiger Chevots mit Streifen <b>53,00</b>	<b>Wander-Anzüge</b> prima Loden, flotte Sportjoppen mit Broches . . . N. 65., 54. <b>48,00</b>	<b>Herr.-Regenmäntel</b> unreguliert, Cewecoat, Baumwollgewebe . . . . . <b>38,00</b>	<b>Manchest.-Anzüge</b> mit Broches in grau und braun von . . . N. 60., 44. <b>38,00</b>
<b>Sakko-Anzug</b> hellgrauer Kammgarnartiger Stoff, elegant gestreift <b>65,00</b>	<b>Sport-Anzüge</b> 2-stellig flott gemast Chevots u. Loden N. 65. <b>56,00</b>	<b>Herr.-Bodenmäntel</b> pa. imprägn. Strichloden in den modernsten Farben N. 80., 35. <b>27,00</b>	<b>Jüngl. Gummi-Mll.</b> in Gummierung, mod. Schlüsselform von . . . N. 25., 22. <b>16,00</b>
<b>Sakko-Anzug</b> grünlich melierter glatt. Chev. feines Streifenmuster <b>74,00</b>	<b>Sport-Anzüge</b> 4-stellig mit langer und kurzer Hose, moderne Chevots N. 100., 65. <b>74,00</b>	<b>Dam.-Regenmäntel</b> in Gummiloden, Schlüsselform <b>27,00</b>	<b>Kieler Anzüge</b> blauweiß gestreift Kadettst. für 2 Jahre, Gr. 0 N. 9.00, 7.00 <b>5,50</b>
<b>Sakko-Anzug</b> modern gemastert Chevots, sehr strapazierfähig, ein- und zweireihig <b>85,00</b>	<b>Windjacken</b> für Damen und Herren imprägnierte, weltrensic Qualitäten . . . . . N. 22., 15. <b>14,50</b>	<b>Schlüpf-Anzüge</b> aus halbfein. Chevots m. Matroenkr. für 3 Jahre . . . N. 21., 16. <b>12,00</b>	<b>Anknöpshosen</b> aus M. Satin, für 2 Jahre . . . . . N. 9.25 <b>2,00</b>
<b>Sakko-Anzug</b> hellfarbiger Gabardine in aufgesteppten Taschen . . . <b>110,00</b>			

# Leineweber

Berlin C. Kölnischer Fischmarkt 4-6

**JUHL**  
Für Feinraucher

Seit 1869

## Fehlfarben u. Vorsortierung

sind in Güte und Rauchgenuss unsere Originalsorten garantiert ebenbürtig, nur wesentlich billiger u. nicht immer vorrätig

**Zur Zeit wieder zu haben**

Kohlhölzle, Kesseln, Zigaretten / Zigarettenfabrik Juhl, Berlin-Mitte

# HERMANN TIETZ

FRANKFURTER ALLEE

Mengenabgabe vorbehalten

## Wäschestoffe

- Perkal in modernen Streifen..... Meter 85 Pf.
- Crepon für Kleider, helle Muster... Meter 1 10
- Grépe marocain für Kasaka, in modernen Mustern..... Meter 1 05
- Vollvolle bedruckt, doppeltbreit..... Meter 1 75
- Schweizer Stickerel-Volants, 110 cm breit, Meter 3 75

**Satin** grosses Farbensortiment mit kleinen Schönheitsfahnen..... Meter **95 Pf.**

## Kleiderstoffe

- Seidenfrotté in vielen Farben .... Meter 1 05
- Reinwollene Streifen doppeltbreit, Mtr. 2 25
- Wollmusseln aparte Muster..... Meter 2 05
- Schotten reine Wolle, 100 cm breit, in neuen Stellungen..... Meter 4 00

## Seidenstoffe

- Waschseide gestreift, doppeltbreit, Meter 2 45
- Kunstseidentrikot 140 cm breit, in viel. Farben, Mtr. 3 00
- Bastseide naturfarbig, echte Ware, Meter 5 00
- Foulard reine Seide, doppeltbreit, moderne Muster..... Meter 7 25

## Putz

- Tagalpicot-Hut jugendlich, w. Band u. Blumen garniert..... 8 75
- Liseretglocke feuch, mit bunter Band- u. Blumengarnitur..... 6 50
- Liseret-Mädchenhut mit Band- und Strohgarnitur..... 5 75
- Frauenhut Tagalpicot, feuch, mit Band und Blumen..... 13 50

## Damen-Bekleidung

- Mäntel aus Covercoat, Donegal- u. Tuchstoffen, auch in gross. Weiten 29 19 75 **14 50**
- Mäntel aus soliden Biesstoffen in vielen Farben 48 00 **29 50**
- Mäntel aus soliden Gummistoffen zu trag., in viel. Farb. u. Grös. 39 29 75 **23 75**
- Kostüme aus blauen und farb. Stoffen, Jacke ganz gestickt, neueste Ausführung 39 29 50 **19 75**
- Kleider aus soliden Waschstoffen in vielen Ausführungen 4 05 **2 95**
- Kleider aus gemusterten Satinstoffen 19 75 **11 75**
- Kinder-Kleider aus gemusterten Kattunstoffen, mit aparter Garnierung, Grösse 70-100 cm 5 50
- Kleider aus kunstvollen Trikotstoffen 12 75 **9 75**
- Kostümröcke für starke Damen, in soliden, haltbar. Stoffen 9 75 **5 90**
- Kostümröcke aus aparten Volour de laine-Stoff, in viel. Farb. u. Grös. 19 75 **12 75**
- Waschblusen Jumperform, aus gestreiftem Zephirstoff 4 65 **4 50**
- Voileblusen mit apartem Fuchs und Spitze, kurze Ärmel 6 00
- Trikotjumper Kasackseide, in viel. mod. Farb., u. Ausführung. 7 90 **6 50**

## Damen-Wäsche

- Damen-Hemden Trägerform oder feste Achsel..... 1 35 1 74
- Nachthemden halstief, in schönen Ausführungen 3 50 4 00
- Prinzessröcke elegante Jumperform mit breiter Stickerei 3 75 4 00
- Unterhosen moderne Formen, mit schönen Stickereien 95 Pf. 1 45
- Unterkleider aus Kunstseide, in vielen Farben..... 3 50 4 00
- Schlüpfer aus Kunstseide, mit Gummisaug od. Hobelraum 3 90 4 50

## Korsette

- Leibhalter aus weissem Satin und 2 Paar Halter 1 05
- Hüfthalter aus weissem und farbigem Drill, oben mit Gummi..... 2 50
- Hüfthalter aus starkem Satin, vorn am Knöpfen, 2 Paar Halter 3 00
- Hüfthalter aus weissem und farbigem Drill, oben mit Gummi..... 4 50
- Büstenhalter aus prima Trikotstoff..... 1 75

## Strümpfe

- Damen-Strümpfe fein. Dylie, mod. Farb. D., Schie-, Hochl., Nakt. 95 Pf.
- Damen-Strümpfe prima Seidenfaser, feinste Qualität, farbig 1 05
- Herren-Socken Baumwolle, neue Strickmuster 95 Pf.
- Kinder-Söckchen Baumwolle, 1-3 4-6 7-9 mit breitem Wollrand 55 75 95 Pf.

## Trikotagen

- Netzjacken für Herren, Grösse 4-6.. 75 Pf.
- Trikothemden weisse, mit bunten Einsätzen 1 05
- Damen-Schlüpfer feine Baumwolle 95 Pf.
- Mädchen-Mützen aus farbigem Kasackseide, mit Pompon.. 1 05

Im Lichthof **NUR SONNABEND** Einheitspreis **9 75**  
Damen-Mäntel, Damen-Kleider und Kostümröcke

## Sonnabend: Schlußtag des 95 Pf.-Verkaufs

## Hugo Ahronfeld

Berlin, Große Frankfurter Straße 117 und Badstraße 32

## Meine billigen Pfingstangebote!

Keine minderwertige Reklameware, nur anerkannt reelle Qualitätsware, daher ganz besonders vorteilhaft!!!

- Mouliné-Mäntel auch Herren-Fasson 36 50 49 00 59 00
- Rips-Mäntel Herren-Fasson und andere 39 75 46 50 58 00
- Seidenfutter 49 75
- Impregniert. Wollmäntel (Burberry) 29 50 36 00 49 00
- Tuchmäntel in feinsten Farben 19 75 22 50 29 50
- Covercoat-Mäntel 14 75
- Coverc.-Mäntel gewirnte Ware 16 75 22 50 29 50
- Donegal-Mäntel gute Ware 12 50 17 50
- Seiden-Mäntel in Ottoman und glatter Seide 29 50 45 00 59 00
- Eleg. Kostüme in Mouliné, Burberry und Gabardine 39 50 49 00 69 00
- Doneg.-Kostüme schöne Sportform 14 75 22 50 35 00
- Waschmusseline-Kleider 7 50 8 75 10 75
- Waschseidene Kleider 18 75 24 50
- Wollmusseline-Kleider 15 75 19 75 26 00
- Volle-Kleider weiß und farbig 8 90 12 75 18 50
- Crépe de chine-Kleider u. Seiden-Bollenkleider 29 50 32 00

Für starke Figuren stets Passendes am Lager!

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtzulage des „Vorwärts“ und trotzdem billig! **Metallbetten** Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

### Auf Teilzahlung!

#### Herren- u. Damen-Garderobe

fertig und nach Maß

- Herren-Anzüge
- Paletots
- Gummimäntel
- Damen-Mäntel
- Kostüme, Kleider
- Blusen, Röcke

Kleinste Anzahlung / Geringste Abzahlung

#### Waren-Kredithaus „Groß-Berlin“

Neukölln, Berliner Straße 107  
1. Etage (Eckhaus Hermannplatz)

Ware wird bei Anzahlung sofort ausgehändigt

### Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung

gestattet b. st. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummipolier v. 3 G.-M. an. Zahnst. mit Beschub. 1 G.-M. b. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20 000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

**Hafvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee.**  
Vorzeiger 10% Rabatt.

### Tapeten

25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.

Riefenmaschi in allen Preislagen - herrliche Muster

#### Tapeten-Magazin Humboldt

Brunnenstraße 117, Ecke Voltastraße  
nur 1. Etage, kein Laden  
(Ringfest, hoher Anstrichvermögen billig.)  
Vorzeiger erhält 5% Rabatt.

Neu eröffnet! Blumenstr. 94

Neu eröffnet! Schillingstr. 1

## An Alle . . . . .

Arbeiter, Angestellte, Beamte etc. etc. geben wir

# KREDIT

Es ist eine soziale Notwendigkeit!

Unser Teilzahlungssystem ist nicht zu verwechseln mit dem üblichen Abzahlungssystem. Wir geben nur bei billigen Preisen Qualitätsware auf Kredit!

Beachten Sie unsere 5 Schaufenster, in welchen unsere Preise ersichtlich sind.

### Spezialabteilung: Anfertigung nach Maß.

Unsere Teilzahlungspreise:

- Herren-Sakkoanzüge moderne Form, haltbare Stoffe von M. 40.-
- Sport-Anzüge 2 und 3teilig aufgesetzte Taschen, Falten usw. von M. 48.-
- Herren-Sakkoanzüge aus Kämmgarn, Ersatz für Maß von M. 65.-
- Herren-Mäntel Schweden-Form aus haltbaren Stoffen von M. 48.-
- Kinder-Anzüge in Größen 0-3 . . . . . von M. 11.-
- Kinder-Anzüge in Größen 4-6 . . . . . von M. 13.-
- Burschen-Anzüge in Größen 38-43 . . . . . von M. 28.-

Beachten Sie gefl. unsere 5 Schaufenster!

### S. Simon's Bekleidungs-G.m.b.H.

Blumenstraße 94 Schillingstraße 1

# 32 billige Pfingstangebote

- Waschmusseline 50 cm breit, . . . . . Meter 68 Pf.
  - Zephirleinen gestreift . . . . . Meter 75 Pf.
  - Kleider-Frotté 100 cm . . . . . Meter 1.45
  - Foulardine neue Muster . . . . . Meter 1.75
  - Voll-Volle bedruckt 100 cm . . . . . Meter 1.95
  - Wollmusseline eleg. Druckmuster . . . . . Meter 2.90
  - Haarschleife mit Halter in vielen Farben . . . . . 75 Pf.
  - Eleg. Strumpfbänder reich garniert, . . . 2 Paar 95 Pf.
  - Eleg. Morgenhaube mit Spitzen- und Bandgarn. 95 Pf.
  - Opal-Kasackweste mit Spitzen und Band . . . . . 1.45
  - Hetz mit Tasche in bunten Farben . . . . . 1.35
  - Kissen mit farbigem Volant, gestickt . . . . . 2.50
- 4 Serien Klüppelspitzen und Einsätze 8 Pf.**  
schöne Muster . . . . . Meter 24, 10, 12

- Mantel aus Donegal 4 95
  - Mantel aus Tuch 16 75
  - Kostüm Sportform 9 95
  - Rock aus schwarz-weißen Stoffen 1 95
  - Kleid aus Musseline 2 95
  - Kleid aus Voll-Volle 7 75
  - Hemdbluse 2 gestr. Stoffen 2 05
  - Kasacks u. Kunststoffe 3 95
- NEUKÖLLN-HERMANNSTR. 210
- # Herrmannfeld

- Damenstrümpfe Paar . . . . . 32 Pf.
  - Damenstrümpfe moderne Farben, Seidenfaser . . . . . Paar 1.25
  - Herrensocken feinfarbig Paar . . . . . 48 Pf.
  - Herr.-Macchobeinkleid mit Uebereckelag . . . . . 2.10
  - Herren-Macchohemd mit doppelter Brust . . . . . 2.45
  - Etamine kariert Meter . . . . . 58 Pf.
  - Damen-Handschuhe mod. farbig . . . . . Paar 95 Pf.
  - Damen-Beinkleid mit Langgest. . . . . 95 Pf.
  - Damen-Achselhemd mit Langgest. . . . . 95 Pf.
  - Damen-Schlüpfer Seidentrikot . . . . . 1.95
  - Kinder-Sweater in schönen Farben . . . . . 1.20
  - Markisenstoff gestreift Meter . . . . . 2.95
- 4 Serien Prima Madapolam-Stickerei 10 Pf.**  
3-6 cm breit . . . . . Meter 28, 22, 10